

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den 1. Jahrgang. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Abnehmern 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Die Wilsdruffer Wochenblätter für Wilsdruff u. Umgegend werden nach Möglichkeit kostenlos abgegeben. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben zu jeder Zeit. Bei Abnahme des Wilsdruffer Tagesblattes besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Wilsdruffer Wochenblattes. — Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Reklameweile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Reklameweile im täglichen Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Sonstige Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tagesblätter sind für die Reichweite der Zeitung über die Grenzen des Wilsdruffer Kreises hinaus durch die Post abzugeben. — Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostow.

Nr. 40. 85. Jahrgang. Preis: 2.00 Mk. Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Dienstag, den 16. Februar 1926.

Wir und die anderen.

Gewiß ist es den Deutschen im Ausland, namentlich dort, wo einst deutsches Land war, in sprachlicher, kultureller und allgemeiner politischer Beziehung nirgends gut gegangen, — aber wie mit einem Schlag hat sich jetzt überall ein Ansturm bestigter Art auf alles erhoben, was deutsch heißt und deutsch spricht. Mussolini in Süditalien, dann die neuesten Sprachenverordnungen in der Tschechoslowakei, die Kämpfe in Litauen um die Führung im Memelland und nun ein neuer schwerer Schlag auch in Polen. Dort ist es vor allem der „Westmarkenverein“, der der Träger des grimmigsten Deutschenhaßes ist, dabei jede Förderung durch die Behörden verweigert. Vorkämpfer war bis vor kurzem Korfaniy, dessen Wert die Gründung dieses Vereins ist. Die Deutschen haben eine Gegenorganisation im „Deutschen Volksbund“, dessen Gründung von Bromberg ausging und der auch in dem uns entzerrten Oberschlesien Fuß faßt. Natürlich ist dieser deutsche Volksbund den Polen ein gewaltiger Dorn im Auge und man versucht mit allen möglichen Mitteln, ihn des Landesverrats, nämlich der Verbindung mit der deutschen Regierung, zu überführen. Es wurden auch die berühmten Waffensünde gemacht, indem man, wie es heißt, den „Verdächtigen“ Waffen und Sprengstoffe in das Haus schmeißt. Nun sind auch in Oberschlesien entsprechende Vorgänge in Bromberg eine ganze Reihe von Verhaftungen erfolgt, Hausdurchsuchungen fanden statt und das umfangreiche Material des Volksbundes wurde beschlagnahmt. 26 führende deutsche Persönlichkeiten sind in das Gefängnis für politische Verbrechen eingeworfen worden. Außerdem injiziert der Westmarkenverein Volksdemonstrationen gegen alles Deutsche, auch gegen den deutschen Generalkonsul, die deutschen Gewerkschaften werden bewacht und die polnische Presse fordert schärfstes Vorgehen gegen das „landesverräterische“ Deutschland. Wie vor drei Jahren in Bromberg, so wird man wohl auch in Oberschlesien die Verhafteten monatelang im Gefängnis festhalten, um sie eines Tages wieder zu entlassen, weil man nicht den geringsten Beweis einer Schuld zu erbringen vermag.

Die Abmachungen mit Polen über Oberschlesien stehen — das haben unzählige Beispiele bewiesen — lediglich auf dem Papier; hin und wieder vermag der Präsident der gemischten Kommission, Calonder, die schreiendsten Ungerechtigkeiten abzuwehren. Aber er kann nicht den still und jäh geführten Kampf verhindern, den das Polenentum namentlich gegen die deutsche Schule führt. Mit allen Mitteln des Terrors versucht gerade der Westmarkenverein zu verhindern, daß deutsche Kinder deutsche Schulen besuchen. Tausende von solchen Schulen sind bereits geschlossen. Und wie sehr man trotz allem die Stärke dieses Schließens fürchtet, geht aus der einfachen Tatsache hervor, daß die in die Wege geleitete Volkszählung in Oberschlesien in letzter Minute abgefragt wurde. Hätte es sich doch dann herausgestellt, welche ein schweres Verbrechen gegen Deutschland die Grenzziehung quer durch Oberschlesien bedeutet.

Trotz größter Mühe können die geschworenen Deutschenfeinde in Deutschland selbst so gar kein Material für die Unterdrückung fremder Minderheiten herbeischaffen. Ist doch soeben erst wieder ein Erlass des preussischen Staatsministeriums herausgekommen, in dem der dänische Minderheit in nördlichen Schleswig-Holstein für die Gründung von Schulen sehr weitgehende Rechte eingeräumt wurden. Zu trafen Gegenmaßnahmen sind die Kreise gegenüber, wie wir unsere Minderheiten behandeln und wie man uns draussen behandelt. Es gibt in Genf eine besondere Kommission für die Regelung des Minderheitenrechts, das doch, wenigstens was die deutschen Minderheiten betrifft, so sehr im argen liegt. Aufpassen würde das gesamte Deutschland im Ausland, wenn es nur in einem dieser Länder, an die es gegeben ist, derartige Rechte befaßt wie die Bürger jener Länder bei uns. Aber nichts ist von Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung; die Deutschen in jenen Ländern werden überall nur als der Feind behandelt, der mit allen Mitteln auszuweichen ist. Noch lange nicht hat das Deutschland drinnen und draussen den Weg seiner Leiden beendet.

Abd-el-Krims Offensivvorbereitungen.

Vibane von den Franzosen geräumt. Reuter meldet aus Tanger: Nach Informationen aus zuverlässiger Quelle haben die Franzosen Vibane, das im Zentrum der spanischen Front liegt und um das wiederholt heftig gekämpft worden ist, unter dem Druck der vorrückenden Offensiv-Abd-el-Krims wieder geräumt. Laut einer Meldung der „Times“ aus Tanger ist Vibane ein außerordentlich wichtiger strategischer Punkt. Abd-el-Krim benütze, so heißt es in der Meldung weiter, die Regenperiode, die die Straßen ungangbar mache, um eine Offensive zu unternehmen. Alles deutet darauf hin, daß ein neuer Feldzug bald wieder einsetzen werde. Auch von der spanischen Front wird eine Wiedernahme der militärischen Aktivität des Gegners gemeldet, dessen Bemühungen zunächst darauf gerichtet zu sein scheinen, die Stämme, die sich im Herbst den Spaniern unterwerfen mußten, wieder erneut zum Anschluß an Abd-el-Krim zu zwingen.

Deutscher Schritt bei den Mächten.

Der Völkerbund-Generalsekretär in Berlin.

Besprechungen im Auswärtigen Amt. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ist am Montag in Berlin eingetroffen. Während seines Aufenthaltes in der Reichshauptstadt ist ihm Konsul Poensgen von der Völkerbundabteilung des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestellt worden. Der Generalsekretär wird einige Tage in Berlin weilen, um hier die Einzelheiten für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu besprechen. Bereits am Montag nachmittag haben die Konferenzen zwischen Sir Eric Drummond und dem Auswärtigen Amt ihren Anfang genommen. Bei diesen Besprechungen handelt es sich einmal um die Zeremonien, unter denen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erfolgen soll, dann aber auch um die Frage der Mitarbeit deutscher Staatsangehöriger im Völkerbundsekretariat. Außer der Stellung eines deutschen Generalsekretärs, für die jetzt der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Kausler, genannt wird, kommen für Deutschland noch acht Stellen in Frage. Der Besprechung am Montag werden noch weitere Beratungen folgen, zu denen von Seiten des Auswärtigen Amtes auch die anderen beteiligten Referenten, insbesondere der Völkerbundesreferent, Geheimrat von Wilson, und der Leiter der Rechtsabteilung, Ministerialdirektor Dr. Gaus, herangezogen werden. Die neuerdings so heftig umstrittene Frage der Schaffung ständiger Ratsitze ist rein formal den Besprechungen der Ratsbreite vorbehalten, doch geht man nicht fehl in der Annahme, daß im Auswärtigen Amt mit dem Generalsekretär des Völkerbundes auch über diese Angelegenheit gesprochen werden wird.

Deutschland gegen die Völkerbundintrigen

Meldungen der Auslandspresse ist zu entnehmen, daß die Reichsregierung eine diplomatische Aktion bei den

größten Völkerbundmächten unternommen hat, in deren Verlauf die betreffenden Regierungen über die Haltung Deutschlands in der Völkerbundsfrage und der Frage der ständigen Ratsitze unterrichtet worden sind. Soweit bisher bekannt, haben solche Schritte in Paris und London stattgefunden. Nach einer Meldung der Londoner Zeitung „Sunday Express“ hat der deutsche Botschafter in London bei einem Empfang durch Chamberlain zu verstehen gegeben, daß, wenn die Intrigen gegen die Ratsitze fortgesetzt werden sollten, Deutschland seine Stellungnahme zum Völkerbunde einer neuen Prüfung unterwerfen werde. „Das“, so bemerkt das Blatt, „könnte das Ende des Locarnopaketes bedeuten.“

Wie bekannt wird, lehnen die schweizerischen Regierungen, sowie die schwedische Regierung jede Neuschaffung ständiger Ratsitze im Völkerbund ab. Nur Deutschland solle noch den beim Eintritt in den Völkerbund in Aussicht gestellten Ratsitz erhalten.

Tagung der Mandatskommission in Rom.

Die Mandatskommission des Völkerbundes tritt am 16. Februar in Rom zusammen. In dieser außerordentlichen Tagung werden ausschließlich die Berichte der französischen Regierung über die Verwaltung der unter französischem Mandat stehenden Gebiete in Syrien und in der übrigen Levante geprüft. Den Vorsitz wird Marschall Theodor führen. Beau-Francois wird durch Raume vertreten werden. Der Kommission gehört auch der Schweizer William Kappard an.

Eine internationale Arbeitsministertagung.

London. Im nächsten Monat wird eine Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Großbritanniens, Belgiens, Frankreichs und Italiens stattfinden, die von der englischen Regierung einberufen wird. Sie soll die Möglichkeit eines wirksamen internationalen Abkommens zur Regelung der Arbeitszeit erörtern. Der Premierminister hat bereits mitgeteilt, daß, wenn dieses Abkommen erzielt wird, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens durch die teilnehmenden Mächte möglich sein wird, und auch England werde es ratifizieren.

Arbeiten für die Reichsmarine.

Moralische Erfolge unserer Auslandskreuzer. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde über den Marineetat beraten. Dabei wurde eingehend die Vergebung der Arbeiten bei der Reichsmarine besprochen. Abg. Erling (Ztr.) machte auf die

Umtriebe einer Industrieergenznis-A.G. aufmerksam, die im Jahre 1921 gegründet worden sei und deren Geschäftszweck die Vertretung erster Firmen bei den Ausschreibungen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sein soll, wofür sie eine Provision von 2% verlange. Reichswehrminister Dr. Geßler versicherte, daß die genannte Firma bei der Marine völlig unbekannt sei. Abg. Hüntsch (Soz.) bedauerte, daß bei der

Vergabung von Arbeiten nicht immer an dem Prinzip der öffentlichen Ausschreibung festgehalten werde, sondern daß sehr mehr und mehr die Übung der Vergütung laue, lediglich einen bestimmten Kreis von Firmen durch besondere Aufforderungen zu Arbeiten heranzuziehen. Redner verlangte die Wiedereinführung eines unanfechtbaren und korrekten Systems der Vergabung von behördlichen Aufträgen. Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) erklärte, die Marine habe wieder feilsche Eroberungen gemacht.

Die Fahrten der Auslandskreuzer hätten das Ansehen Deutschlands gesteigert. Die Rekrutierung der Mannschaften müsse sich auf alle deutschen Landschaften verteilen.

Das Erwerbslosenproblem.

Reinezentrale Erfassung der Arbeitslosen. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags debattierte über eine sozialdemokratische Entschließung, die ein Gesetz verlangte, durch das alle Unternehmungen verpflichtet werden, jede offene Arbeitsstelle dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis zu melden. Der Arbeitgeber soll gleichzeitig verpflichtet sein, offene Stellen durch den öffentlichen Arbeitsnachweis zu besetzen, soweit dieser in der Lage ist, geeignete Bewerber nachzuweisen. Die Entschließung verlangte also die zentrale Erfassung der Arbeitslosen und der Arbeitsverhältnisse.

Die demokratischen Vertreter im Ausschuß wollten für die Erfassung der Arbeitslosen auch die nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweise im Gesetz für zuständig erklären und lehnten im übrigen den Besetzungszwang ab. Auch das Zentrum ließ durch seine Vertreter aus praktischen Erwägungen jeden Zwang auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises ablehnen. In der Abstimmung wurde die sozialdemokratische Entschließung gegen die Antragsteller sowie die kommunistischen und einen Teil der demokratischen Vertreter abgelehnt.

Deutscher Reichstag.

(161. Sitzung.) CB, Berlin, 15. Februar. Das vorläufige Handelsabkommen mit der Türkei wurde zunächst in dritter Beratung debattiert und einstimmig angenommen. Dann wurde die zweite Beratung des

Haushalts des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt. Abg. Schütz (Komm.) verlangte die Einstellung größerer Mittel für die Fortsetzung der angefangenen Kanalbauten, die die beste Gelegenheit zu einer großzügigen Erwerbslosenfürsorge bieten. Der Redner richtete dann heftige Angriffe gegen die Reichsbahnverwaltung. Die Korruption hätte dort einen ungeheuren Umfang angenommen, die leitenden Beamten gehörten an die Laiern. Der Redner erhielt wegen dieses Ausdrucks einen Ordnungsruf. Die Befragung hoher Beamter habe es ermöglicht, daß von einzelnen Firmen Millionenbetrügereien an der Reichsbahn verübt werden konnten.

Abg. Keil (Soz.) besprach Fragen der Redarfanalisation. Abg. Dr. Wieland (Dem.) begründete einen Antrag auf Befreiung des Postens des Staatssekretärs mit einem Techniker. Auf dem Gebiete des Kraftfahrzeugwesens dürfe das Reich keine Monopole einrichten. Für die kommenden Verhandlungen über die internationale Regelung des Luftverkehrs wesens müssen rechtzeitig die geeigneten Sachverständigen eingesetzt werden. Ein Reichsmonopol wäre auch auf diesem Gebiete nicht wünschenswert. In der Automobilbesteuerung müsse das Reich gegen die hohen städtischen Sondersteuern nach Berliner Muster einschreiten.

Abg. Wollath (Wirtsch. Bgg.) wandte sich gegen die übertrieben hohen Anliegerbeiträge zur Regenunterhaltung. Beim Wohnungsbau für die Beamten des Wasserbaus sollten die Arbeiten in kleinen Losen vergeben werden, damit auch die Qualitätsarbeit des Handwerkers dabei zur Geltung kommen kann. Die baldige Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn sei notwendig. Die jetzt teilweise unbenutzten gewaltigen Stromkräfte des Waldenseekraftwerkes sollten zur Elektrifizierung der bayerischen Bahnen noch mehr ausgenutzt werden. Die Bahnhöfswirtschaften dürften nicht zu kleinen Warenhäusern gemacht werden, in denen man Tag und Nacht alles bekommen könne.

Abg. Freiherr von Rheinbaben (D. Wp.) verlangte Tarifermäßigungen für den niederschlesischen Bergbau. Abg. Groß (Ztr.) wünschte Weiterführung der Redarfanalisation. Beim Reichswasserschutz sei die Zahl der Vorgesetzten im Verhältnis zu den Mannschaften viel zu groß. Für den Luftverkehr müsse Deutschland endlich die Freiheit erhalten, die ihm gebührt. Auch die schweren jetzt für den Luftschiffbau in Friedrichshafen geltenden Bestimmungen müssten endlich fallen. Auf die Dauer werde aus der Reichsbahn-Gesellschaft ein jährlicher Beitrag von 60 Millionen Mark für Reparationsleistungen nicht herausgeholt werden können. Der Redner verlangte schließlich, um die Reichsverhältnisse des Eisenbahnpersonals zu verbessern, eine entsprechende Änderung der Reichsbahn-Gesetze.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne betonte die Schwierigkeiten der Reichswasserstraßenverwaltung, die sich daraus ergäben, daß 80% der deutschen Wasserstraßen in Preußen lägen und daß die Verkehrsinteressen auf diesem Ge-